



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP

Mitglied des Europäischen Konvents

Rede auf der Plenartagung des Konvents, Brüssel, 20. Dezember 2002

**Eine Verfassung für eine friedensfähige Europäische Union  
Zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe VIII "Verteidigung"**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
in den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Verteidigung wurden zum Schluss doch noch einige entscheidende Verbesserungen aufgenommen, die ich begrüße:

- **Erstens** betrifft dies die Konfliktprävention als ein Schlüsselement internationaler EU-Politik.
- **Zweitens** soll Abrüstung im Rahmen der ESVP aktiv unterstützt werden.
- **Drittens** wurde die Achtung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen aufgenommen.

Bemerkenswert war allerdings, dass um diese Selbstverständlichkeiten auch noch gekämpft werden musste. Und es ist bedauerlich, dass sie zum Teil zweideutig bzw. widersprüchlich formuliert wurden:

- So bleibt unklar, ob Abrüstung nur außerhalb der EU gefördert werden soll oder ob Abrüstung auch innerhalb der EU zu den Prioritäten europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört. Zweifel sind hier angebracht, weil sich viele Mitglieder der Arbeitsgruppe deutlich für Aufrüstung, für verstärkte Militärkooperation, für größere militärische Fähigkeiten der Europäischen Union ausgesprochen haben.
- Zweideutigkeit gibt es auch in punkto UN-Charta und Verantwortung des Sicherheitsrates für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. Gemäß UN-

Charta ist dafür allein der Sicherheitsrat verantwortlich. Er trägt nicht, wie es in Punkt 27 heißt, nur "zuvörderst" diese Verantwortung. Dies muss im Verfassungsvertrag auch klar zum Ausdruck gebracht werden.

Entgegen der Feststellung im Abschlussbericht (Punkt 51) hat sich die Arbeitsgruppe keineswegs einhellig für eine Ausweitung der militärischen Petersberg-Aufgaben ausgesprochen. Ich habe dies nicht unterstützt. Ganz im Gegenteil. Ich bin der Auffassung, dass es nicht Ziel sein kann, die Union zu einer global agierenden Militärmacht zu entwickeln. Und ich bin überzeugt, dass die im Bericht (Punkt 46) behauptete Zustimmung in der Öffentlichkeit zu mehr Sicherheit und Schutz keineswegs breite Zustimmung zu militärischen Interventionen bedeutet.

Zur Rolle der Parlamente will ich unterstreichen: Aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass Beschlüsse der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene getroffen werden, das Europaparlament dann aber außen vor bleibt und über keine Kontrollrechte verfügt.

Ich will ausdrücklich betonen: Nötig ist ein wirklich friedensbewahrendes Europa, das auf jegliche militärische Machtprojektion nach außen verzichtet. Deshalb ist die Aufnahme einer klaren Friedensverpflichtung in den Verfassungsvertrag zwingend geboten. Dazu gehört auch die verstärkte Zusammenarbeit mit der OSZE.

Frieden, Sicherheit und Stärkung ihrer internationalen Positionen erreichen die Union und ihre Mitgliedstaaten nur dann, wenn sie auf ihre zivilgesellschaftlichen Werte sowie ihre wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potenziale und nicht auf den Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten oder gar auf militärische Interventionen setzen.